

Bialostöcker Zeitung

Organ des Soldatenrates

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 4.25 Mark vierteljährlich außer Bestellgeb.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldabonnement 1.15 Mk. einschl. Porto, von der Expedition abgeholt 1 Mark. —

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.



Nachmals Bichon in der Kammer.

Wolffmeldung.

Bern, 31. Dezember.

Die Debatte in der französischen Kammer hat gestern wieder an Interesse gewonnen. Zuerst war es die Rede des Sozialisten Bracke. Er verlangte, daß ein Daueraufstande zustandekomme. Man dürfe keine Annexionen vornehmen, die zur Sklaverei führen würden.

In einer sehr langen Rede beleuchtete sodann Franklin Bouillon nochmals die ganze politische Lage. Er erklärte, mit Amerikas Eintritt in den Krieg sei etwas Neues in die Welt gekommen. Man könne auch die Methode bedenklich finden, aber ob man wolle oder nicht, man müsse doch seine 14 Punkte voll diskutieren.

Wenn man Polen, das früher zerstört worden sei, wiederherstellen wolle, so dürfe man die Vorgänge von 1815 nicht von denen von 1871 trennen. Frankreich wolle niemals mit Gewalt annexieren, aber andererseits habe es in diesem Jahrhundert wiederholt Verluste erlitten, und es sei daher berechtigt, das Aufmarschgebiet der Feinde zu zerstören. Deshalb würde sich Frankreich die Formel zu eignen machen: Kein deutscher Soldat auf dem linken Rheinufer und in einer Zone von 40 Kilometern rechts von Rhein. Diese Politik sei mit dem Völkerbund sehr wohl in Einklang zu bringen. Er befürwortete die Intervention in Russland, die aber nicht eine rein militärische sein dürfe, sondern gleichzeitig mit wirtschaftlicher Hilfe Hand in Hand gehen müsse.

Darauf ergriff Bichon unter lebhafter Spannung des Hauses das Wort und erklärte, daß alle vom Parlament seinerzeit gestreiften Fragen internationalen Charakter hätten und somit nicht von ihm erörtert werden könnten, da das Geheimnis zwischen den verbliebenen Regierungen gewahrt werden müsse. Für alle Fragen habe die französische Regierung eine Lösung bereit. Die Verhandlungen würden zweifellos unter den besten Bedingungen vor sich gehen. Finanziell, wirtschaftlich und territorial werde Frankreich alle seine Themen verteidigen. Die Abmachungen zur Verwirklichung des Völkerbundes würden alle veröffentlicht werden.

Poincaré will nach Amerika.

Havasmeldung.

Paris, 1. Januar.

Der Senat vertagte sich heute bis zum 14. Januar. Die Kammer nahm die vom Senat zurückgekommene Finanzvorlage unverändert an und vertagte sich dann ohne Zeitbestimmung.

In einer Unterredung mit einem amerikanischen Journalisten erklärte Poincaré, er hoffe, nach Friedensschluß nach Amerika zu reisen. Die Einzelheiten der Reise seien noch nicht festgesetzt, aber es würde von den Monaten Juni und Juli gesprochen.

Wilson und Frau kommen heute von Calais und fahren nach Besichtigung amerikanischer und französischer Truppenteile nach Paris weiter.

Ententeunterstützung für Belgien.

Wolffmeldung.

London, 31. Dezember.

Einer Neutermeldung zufolge erklärte der belgische Kolonialminister Louis Franck einem Vertreter des Reuterschen Bureaus, es seien Vereinbarungen für die Notwendigkeit finanzieller Unterstützung Belgiens durch die Alliierten getroffen worden, damit es seinen Wiederaufbau noch vor dem Friedensvertrag und der Zahlung der Entschädigungen seitens Deutschlands in Angriff nehmen kann. Die Frage der deutschen Kolonien soll der Entscheidung der großen alliierten Mächte überlassen bleiben.

Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages.

Amtlich durch W. T. B.

Berlin, 31. Dezember.

Die schwedische Regierung hat den zwischen Schweden und dem Deutschen Reich am 2. Mai 1911 abgeschlossenen Handels- und Schiffsvertrag gekündigt. Der Vertrag tritt mit dem Jahre 1920 außer Kraft. Die schwedische Regierung hat sich gleichzeitig bereit erklärt,

in Verhandlungen wegen einer provisorischen Regelung der Handelsverbindungen für die Zeit vom Ablauf des Vertrages bis zum Abschluß eines neuen Vertrages einzutreten.

Vor der Friedenskonferenz.

London, 31. Dezember. W. T. B.

„Daily Chronicle“ teilt mit, es sei jetzt so gut wie sicher, daß für die Sitzung der Friedenskonferenz in Versailles keinezensur beschränkungen gemacht werden. Sowohl die Amerikaner als auch die britische Regierung sind dafür, der WeltPresse unumschränkte Freiheit für die Behandlung der Beratungen einzuräumen.

Paris, 1. Januar. Havas.

„Echo de Paris“ schreibt, das Zusammentreffen der alliierten Staatsmänner in Paris zur Besprechung der großen Linien des Friedensprogramms der Alliierten werde nicht vor dem 15. Januar stattfinden können.

Berlin, 2. Januar. W. T. B.

In den nächsten Tagen trifft eine Kommission von drei Offizieren der Entente in Berlin ein, um die Ausführungen der Waffenstillstandsbedingungen der Marinelaufschiffe in Jüterbog und Friedrichshafen zu kontrollieren.

Santander, 1. Januar. Havas.

Die Zeitung „Maiana“ meldet die Ankunft von zwei Torpedozerrern, die gemäß den Waffenstillstandsbedingungen die in den neutralen Häfen internierten U-Boote übernehmen sollen. Die Übernahme der U-Boote soll unter Mitwirkung der spanischen Behörden nacheinander in Cadiz, Ferrol, Vigo, Cartagena und Santander stattfinden.

Zur Frage der Kriegsentschädigung.

Eigener Drahtbericht.

Amsterdam, 1. Januar.

„New Statesman“ sagt in einem Leitartikel, daß jetzt, nachdem die Wahlen vorüber sind, die Frage des von Deutschland zu leistenden Schadenerlasses ruhiger behandelt werde. Das Blatt erklärt, es sei niemals ernsthaft davon die Rede gewesen, daß man versuchen würde, Deutschland alle Kriegslasten aufzubürden. Ein ausschlaggebender Staatsmann habe auch nicht etwas Derartiges behauptet.

Auslösung der türkischen Kammer.

Eigener Drahtbericht.

Bern, 1. Januar.

Aus Konstantinopel wird die Auslösung der türkischen Kammer infolge der jüngst türkischen Opposition gemeldet. Ein griechischer Berührer landete in Smyrna Matrosen.

Der Streik in Oberschlesien.

Wolffmeldung.

Kattowitz, 1. Januar.

Die Verhandlungen, die gestern in Kattowitz zwischen den Volksbeauftragten Hirsch und Landsberg, den Gewerkschaftsführern und den Vertretern der streikenden Arbeiter stattfanden, haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Streikenden die Arbeit wieder aufzunehmen wollen.

Beuthen, 31. Dezember.

Die Streiklage in Oberschlesien ist nach wie vor dieselbe wie am Montag. Die Förderung blieb gleich Null sein.

Berlin, 2. Januar.

Die Zahl der streikenden und ausgesperrten Kellner, Köche und des Gastwirthspersonals wird heute auf rund 15 000 berechnet. Hierzu kommen noch die arbeitslosen Kellner, deren Zahl auf 500 gerechnet wird.

Basel, 2. Januar.

Nach einer Meldung der „Stampa“ aus Bern beabsichtigen die italienischen Sozialisten der verschiedenen Richtungen, sich zugunsten eines gemeinsamen linksradikalen Handels zusammenzuschließen.

Die deutschen Osttruppen und der Kampf gegen den Bolschewismus.

Wolffmeldung.

Berlin, 2. Januar

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit:

„Über den Rückzug der deutschen Truppen aus Russland und über die damit zusammenhängende Frage der Bekämpfung des russischen Bolschewismus durch deutsche Truppen besteht seit 14 Tagen ein politisch bedeutsamer Noteinwechsel zwischen dem Oberkommando der Alliierten und der deutschen Waffenstillstandskommission. Der Ausgangspunkt dieses Noteinwechsels ist eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung des Waffenstillstandsvertrages, der lautet: „Alle deutschen Truppen, welche sich augenblicklich auf dem vor dem Kriege zu Russland gehörigen Gebiete befinden, müssen ebenfalls hinter die deutsche Grenze, wie solche am 1. August 1914 war, zurückgezogen werden, sobald die Alliierten unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen erachten.“

Marshall Foch hat nun in einer Note den Artikel 12 so ausgelegt, als ob die deutschen Truppen so lange in Russland bleiben müßten, als es die Entente für richtig befindet im Interesse Bekämpfung des russischen Bolschewismus durch deutsches Militär. Gleichzeitig beklagte sich Foch darüber, daß die deutschen Truppen, die in Russland kämpfen, nicht eifrig genug gegen die Bolschewiki wären, ja, daß sie den Bolschewismus in den von ihnen noch besetzten russischen Gebieten geradezu noch begünstigen und unterstützen.

Dieser Auffassung stellte General Winterfeldt die Entstehungsgeschichte des Artikels 12 gegenüber. Der ursprüngliche Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen forderte die sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen aus den besetzten Gebieten. Die deutschen Vertreter schlugen jedoch vor, im Interesse der Bewohner dieser Länder die deutschen Truppen vorläufig dort zu lassen.

Die Berechtigung dazu wurde zugestanden. Eine Verpflichtung gegenüber den Alliierten, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, hat Deutschland damit nicht übernommen. Deutschland kam der Aufgabe, im Osten für Ruhe und Ordnung zu sorgen, freiwillig, nach, solange dies in seiner Macht lag.

Nunmehr hat neuerdings der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, unter Bezugnahme auf diese Erklärung des Generals Winterfeldt die deutschen Vertreter in Spaa gebeten, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Auffassung, als ob wir in Artikel 12 die Verpflichtung übernommen hätten, unsere Truppen solange im Ostgebiet zu belassen bis die Alliierten ihren Abzug für zweckmäßig halten, nicht der getroffenen Abmachung entspricht.

Im Anschluß daran betonte Erzberger noch: „Wir und unsere Truppen sehen in dem Bolschewismus eine außerordentliche Gefahr und tun alles, um diese drohende Gefahr abzumelden. Die Entente wird zugeben müssen, daß diese Gefahr für uns viel größer ist als für sie selbst oder für sonstige Staaten in der Welt und sie darf überzeugt sein, daß wir schon im eigenen Interesse alle Maßnahmen treffen, um das Vorbringen des Bolschewismus zu verhindern. Daß unsere Truppen nach vier Jahren Kampf und in Anbetracht der Lage nur noch den Wunsch nach Rückkehr in die Heimat haben und damit dem Vordringen der roten Truppen nicht überall den Widerstand entgegensezzen, der uns selbst erwünscht ist, können wir nicht bestreiten. Wir tun aber alles, was in unseren Kräften steht, um dieser Kampfmildigkeit der Truppen durch Ermahnung, Auskündigung und Erziehung durch frischere Truppenkörper entgegenzuwirken. Wenn die Entente die Auffassung hat, der Bolschewismus sei eine Gefahr, der auf jeden Fall und mit allen Mitteln entgegengutreten ist, und wenn sie der Ansicht ist, daß unsere Kräfte dieser Aufgabe nicht genügen, wäre es zweckmäßig, wenn sie selbst ihre Lösung in die Hand nehmen oder wenigstens sich daran beteiligen würde. Jedenfalls müssen wir nochmals darauf hinweisen, daß wir die Aufgabe lediglich im Interesse der Allgemeinheit, der besetzten Gebiete und unserer selbst übernommen haben und auch gern weiter nach Möglichkeit übernehmen wollen, daß uns aber eine entsprechende Verpflichtung in Artikel 12, wie die Ent-

Stellungsgeschichte der jetzigen Tafung klar ergibt, nicht ausserlegt ist."

London, 31. Dezember. W. T. S.

Die "Times" erfahren aus Stockholm vom 29. Dezember: "Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet, daß der Führer der litauischen Bolschewiki, Rapsuka, mit einem großen Stabe und reichlichen Geldmitteln aus Russland in Wilna angekommen ist und der Presse mitgeteilt hat, daß Litauen zu einem Teil der Sovjetregierung erklärt werden wird. Angehört dieser Gesellschaft eine Abordnung der litauischen Regierung eine Unterredung mit dem Kommandanten des englischen Geschwaders in der Ostsee gehabt, der der Abordnung versicherte, daß die Alliierten der Bevölkerung von Litauen bei der Organisation der Verteidigung gegen eine bolschewistische Invasion jede Hilfe gewähren werden."

Stockholm, 31. Dezember. W. T. S.

"Socialdemokraten" veröffentlicht ein ausführliches Telegramm der sozialistischen Partei Estlands an die Parteileitung des schwedischen Sozialdemokratie, in dem diese gebeten wird, durch öffentliche Symphäzieäußerungen Estland in seinem schweren Kampf gegen die russische Bolschewikimacht zu unterstützen. Estland sei ein rein demokratisches kleines Reich, das Unabhängigkeit und Freiheit von jeder anderen Macht anstrebe.

Verhaftung von A.- und S.-Räten in Linksrheinland.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 2. Januar.

Die "B. Z. am Mittag" meldet aus Köln: "Anlässlich des Überfalls auf den Bürgermeister des benachbarten Ortes Schlebusch sind von der britischen Besatzungsbehörde außer den Tätern 128 Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats, sowie einige Personen, die mit letzterem in näheren Beziehungen standen, verhaftet und nach Köln abtransportiert worden. Die Verhaftungen sind erfolgt, ohne daß von den deutschen Behörden irgendwelcher Einfluß ausgeübt wurde. Bei einem Streik in einem industriellen Werk in Oberkassel bei Düsseldorf, an dem sich etwa 100 Arbeiter beteiligten, hat die belgische Besatzungsbehörde eingegriffen und den Führer, der mit der belgischen Behörde verhandeln sollte, verhaftet und nach Belgien abtransportiert."

Frankfurt a. M., 2. Januar.

Vom Oberbefehlshaber der alliierten Truppen sind gewisse Erleichterungen zur Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung in dem besetzten Rheinland gewährt worden.

Uneinigkeit in der Liga für Menschenrechte.

Wolffmeldung.

Bern, 31. Dezember.

Wie die Pariser Blätter melden, hat sich die Liga für Menschenrechte in zwei Teile gespalten. Anlässlich der Verlesung eines Berichts über die deutsche Ver-

antwortung kam es bei der letzten Sitzung zu einem heftigen Zusammenstoß. Einige Mitglieder protestierten gegen einen Absatz, in dem den Helden, die für Frankreich und die Freiheit gefallen seien, der Dank ausgesprochen wird. Andere Mitglieder verließen, empört über dieses Verhalten, den Saal.

Erlogen.

Amtlich durch W. T. S.

Berlin, 1. Januar.

Es wird uns amtlich über die angeblich bolschewistischen Umrüte der deutschen Gesandtschaft in Warschau mitgeteilt: Die von der polnischen Presse verbreitete Nachricht ist erlogen. Weder der deutsche Gesandte Graf Kegler noch ein anderes Mitglied der Gesandtschaft hat unmittelbar oder mittelbar in irgend einer Form mit den polnischen oder russischen Bolschewisten in Verbindung gestanden. Alle Nachrichten über die Aushebung eines von der deutschen Gesandtschaft angezeigten maximalistischen Komplotts, über Gelder, die von deutscher Seite hierfür bereitgestellt worden seien, sind vollständig erlogen. Die Regierung erwartet die Veröffentlichung der angeblich in den Besitz der polnischen Regierung gekommenen Beweistexte.

Mackensen von Franzosen interniert.

Meldung des Ungarischen Korrespondenz-Bureaus

Budapest, 31. Dezember.

Im Laufe des heutigen Vormittags sind zirka 2000 Mann französischer Truppen hier eingetroffen, welche in Rakospalota einquartiert wurden. Gegen 9 Uhr fuhr 100, wie die Blätter melden, ein Detachement von ungefähr 800 Franzosen nach Fisch, umstellt das Schloß des Grafen Vladislav Karolyi, wo Generalfeldmarschall von Mackensen einzuartiert ist. Als Mackensen von dem Vorhaben der französischen Truppen erfuhr, protestierte er dagegen, da er sich der ungarischen Regierung zur Verbüßung gestellt habe. Der Kommandant der französischen Truppen nahm jedoch den Protest nicht zur Kenntnis, beobachtete Mackensen und teilte ihm mit, daß er auf höhern Befehl das Schloß besiegen und den Feldmarschall internieren müsse. Mackensen protestierte neuerdings. Seinen Protest hat aber der französische Offizier abgelehnt und seinen Leuten entsprechenden Befehl erteilt. Mackensen wandte sich unverzüglich an den Ministerpräsidenten Karolyi um Schutz und Genugtuung. Karolyi hat sofort den Kriegsminister Festetics aufgesucht, um mit ihm über das Vorgehen der Regierung zu beraten.

Autonomie der Deutschen in Utrecht.

Wolffmeldung.

Budapest, 2. Januar.

Unbekümmert um alle einheitlichen Regierungsprogramme gehen der Finanzminister Szondi und der Nationalitätenminister Jaszai ihren eigenen Weg. Beide verkündeten, das Land könne vor dem Versall nur gerettet werden, wenn die radikalen Reformen ermöglicht würden, auch dann, wenn dadurch das Prinzip des

Privateigentums in empfindlicher Weise verletzt werden müßte. In Überzeugungen wurde die tschechoslowakische Sprache als Amtssprache aller Behörden erklärt und das Standrecht für Vergehen und Verbrechen gegen den tschechoslowakischen Staat verkündet. Die Deutschen Ungarns haben ihre Autonomie erklärt.

Ein schweizerischer Protest bei der Sowjetregierung.

Wolffmeldung.

Bern, 2. Januar.

Das schweizerische politische Departement hat in einem Telegramm an die russische Sowjetregierung energisch gegen den Verstoß gegen das Völkerrecht protestiert, der darin besteht, daß die Mitglieder der schweizerischen Gesandtschaft Russland nicht verlassen können, weil die Sowjetregierung deren Pässe nicht validiert und sie dadurch an der Abreise verhindert. Das politische Departement macht die Sowjetregierung für jeden Schaden verantwortlich und erwartet umgehend Antwort.

Russlands künftige Staatsform.

Eigener Drahtbericht.

Haag, 1. Januar.

Der "Daily Telegraph" veröffentlicht ein Interview mit dem russischen Staatsmann und ehemaligen Ministerpräsidenten Pokutschow über die für Russland beste Regierungsform. Pokutschow sagte: "Für alle Russen, denen das Wohl ihres Landes im Herzen liegt, ist die Form der Regierung in diesem Augenblick Nebensache. Die Hauptfrage ist, daß die Ordnung wiederhergestellt wird. Solange dies nicht der Fall ist, ist es unnötig, über die Regierungsform zu reden. Zunächst müssen wir selbstverständlich eine Militärdiktatur haben, und das erste, was geschehen muß, ist, daß Gehorsam und Gesetz wiederhergestellt werden. Sonst aber wäre, vorausgesetzt, daß das russische Volk sich politisch entwickelt, eine kommunistische Monarchie nach weiseuropeischem Muster am meisten angebracht. Indes kann es noch Jahre dauern, ehe Russland so weit ist."

Amsterdam, 31. Dezember.

"Algemeen Handelsblad" meldet aus dem Haag, daß die holländische Regierung dem Transport von Waffen für die assoziierten Truppen in den besetzten Gebieten Deutschlands auf der Schelde keine Schwierigkeiten bereiten wird.

Kirchenzettel.

Katholischer Militärgottesdienst: 5. Jan. vorm. 9 Uhr Amt mit Predigt.

6. Jan.: Fest der Erscheinung des Herrn, vorm. 9 Uhr Hochamt mit Predigt.

Beide Gottesdienste in der Seitenkapelle der kath. Kirche an der Deutschen Straße.

Hauptchristleiter: G. Lüg.

Druck und Verlag der "Bialystoker Zeitung."

Student, goldene Medaille, erfahrener Repetitor, erteilt Unterricht

über Gegenstände der Mittelschulen, speziell Mathematik.
2690 Zimmermannstr. 9, Wohnung Newiański.

Suche

eine gute Wohnung von 4—6 Zimmern mit allen Bequemlichkeiten, möglichst möbliert. 2692 Offerten erbeten an Judelewitsch, Nikolaistr. 10.

Zu vermieten ein oder zwei Zimmer

mit allen Bequemlichkeiten, ohne Küche. 2691 Zimmermannstr. 9.

Verkaufe ein gutes Klavier

H. Willner, Gymnasiumstraße 10, im Hause des Postgebäudes. 2695

Elektromotore

Dynamomaschinen verschiedener Größen, Pumpen mit Motorkuppelung für Hauswasserleitung oder zum Kellerauspumpen, sowie verschiedenes elektrisches und Eisenmaterial

preiswert zu verkaufen.

2698 J. Jendrosch, Kleindorffstr. 11.

Eine gut erhaltene

Anker-Registrierkasse

sofort preiswert zu verkaufen.

Besichtigung in der Verpflegungsanstalt der Betriebswerkmeisterei I, Bialystok (Verwaltungsgebäude Bezirksgefängnis, Baranowitscher Straße). 2696

Verloren

eine Kastenkette aus der Nikololaistraße oder Alexanderstraße Dienstag zwischen 5 und 6 Uhr abends. Der Abgeber wird gut belohnt. 2697

B. Wigodski, Kleindorffstr. 10.

Für den Soldatenrat:

Der Stadthauptmann:

Müller.

Roscher.

Gazeta Białostocka

Wychodzi codziennie. — Abonament wynosi: przy odbiorze w ekspedycji 1,50 mk. miesięcznie; na poczcie 4,95 mk. kwartalnie, wyłącznie opłaty za dostawienie. Zamówienia przyjmują wszystkie poczty państwe.

Wojska niemieckie na wschodzie a walki z bolszewizmem.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 2. stycznia.

Niemiecka komisja rozejmowa donosi:

O ustępowaniu wojsk niemieckich z Rosji i o łączącej się z tem kwestii zwalczania bolszewizmu rosyjskiego od dwóch tygodni wymieniane są między głównym dowództwem aliantów a niemiecką komisją rozejmową, noty o ważnym politycznym znaczeniu. Punktem wyjścia tej wymiany not jest niezgodność zdan w ułomaczeniu artykułu 12, punktu 2 tyczącego się cofania w ugody rozejmowej: „Wszystkie wojska niemieckie, które w tej chwili znajdują się na ziemiach należących przed wojną do Rosji, również muszą zostać cofnięte po za lata granice jaką była dnia 1 sierpnia 1914 roku, gdy tylko alianci uznają uwzględniając wewnętrzne położenie tych okolic za dogodne po temu.”

Marszałek Foch w jednej z not wytniacały teraz ten artykuł 12 w taki sposób, jak gdyby wojska niemieckie tak długo pozostały musiały w Rosji jak to uznanie zostało przez koalicję za właściwe dla dobra zwalczania bolszewizmu rosyjskiego przez wojsko niemieckie. Równocześnie skarzył się Foch na to, że wojska niemieckie walczące w Rosji nie dość energicznie brali się do bolszewików, a nawet że dopomagały i protegowaly bolszewizm w ziemach rosyjskich przez siebie zajętych.

Poglądowi temu przeciwstawia general Winterfeld powstanie artykułu 12. Początkowo warunek zwiększenia broni żądał natychmiastowego cofnięcia wojsk niemieckich z terenu okupowanych w Rosji. Przedstawiciele Niemiec zaproponowali jednak, dla dobra ludności tych krajów pozostawienie chwilowo tamże wojsk.

To jest sprawdzono. Zobowiązanie się względem aliantów, dokładania starań, by panował spokój i porządek, niemcy nie przejęli. Niemcy dobrowolnie podjęły się zadania utrzymania na wschodzie spokoju i porządku tak długo jak tylko będzie to w ich mocy. Teraz znowu prezes niemieckiej komisji rozejmowej, sekretarz stanu Erzberger, powołując się na to oświadczenie generała Winterfelda danego, zwrócił się do przedstawicieli Niemiec w Spa, by raz jeszcze zwrócił uwagę, że pojęcie jak gdybyśmy przyjęli wraz z artykułem 12 zobowiązanie pozostawienia tak dugo naszych wojsk na wschodzie, aż alianci uznają wyjście ich za stosowne, nic zgadzają się z ugodą.

Dalej zaznaczył jeszcze Erzberger, że: „My i nasze wojska widzimy w bolszewizmie wielkie niebezpieczeństwo i czynimy wszystko aby się przeciwko niemu zabezpieczyć. Koalicja musi przyznać, że niebezpieczeństwo to o wiele groźniejsze jest dla nas samych niż dla jakiegokolwiek bądź innego państwa na świecie, i może być przekonana, że dla naszego własnego dobra uczynimy wszystko, dla powstrzymania naporu bolszewików. Ze wojska nasze po czterech latach wojny, a także z powodu obecnego położenia pragną powrócić do ojczyzny, dla tego nie wszędzie stawiają dość energiczny opór, temu zaprzeczyć nie możemy. Czynimy wszystko co w naszej mocy, aby wywierać wpływ namową i sprowadzeniem nowych sił. Jeśli koalicja jest zdania, że bolszewizm jest niebezpieczeństwem którego zapobieganie bezwarunkowo wszelkimi sposobami i jeśli przekonana jest, że siły nasze są nie wystarczające, to dobrze by było, aby sama wzięła w swe ręce rozwiązanie kwestii, a przynajmniej brała w tym udział. W każdym razie raz jeszcze zwrócić na to musimy uwagę, że podjęliśmy się tego zadania jedynie dla dobra ogólna w zajętych przestrzeniach i dla nas samych, a także dalej ciegnie je spełnić bedziemy wedle możliwości, lecz że obowiązek ten nie był nam nadzorowany w artykule 12, jak to wynika z historii powstania.”

Doniesienie Biura Wolffa.

Londyn, 31. grudnia.

Times dowiaduje się ze Sztokholmu d. 29 grudnia: Litewska agentura telegraficzna donosi, że dowódca bolszewików litewskich Rapsuk, wraz z wielkim sztandarem i dużymi środkami pienięznymi przybył do Wilna i zakomunikował prasie, iż Litwa ogłoszoną będzie częścią rządu sowiejów. Wskutek tego niebezpieczeństwa, odbyła się między delegacją rządu litewskiego a komendantem eskadry angielskiej na Bałtyku rozmowa, podczas której angielscy zapewnili, że alianci nie będą ludności Litwy, przy organizowaniu obrony przeciwko najazdowi bolszewików, wszelką pomoc.

Redaktor naczelnny: G. Lutz.

Redakcja: Aleksandrowska 8/10.

Ekspedycja: Mikołajewska 3.

Drukiem i nakładem „Gazety Białostockiej”.

Ceny ogłoszeń: wiersz sześciolamowy, pełnowymiarowy 25 fen. Ogłoszenia mieszkaniowe i poszukiwanie posad 15 fen. Przy powtarzaniu i większych zamówieniach obniża się cena. Przyjmowanie ogłoszeń z zastrzeżeniem etyczycznym w ekspedycji przy Mikołajewskiej 3 i we wszystkich eksped. anonsowych.

Doniesienie Biura Wolffa.

Sztokholm, 31. grudnia.

Socjaldemokraten publikuje obszerny telegram partii socjalistycznej Estlandii do kierownictwa partii szwedzkiej socjal-demokracji, w której uprasza iż że — by za pomocą publicznego wyrażenia sympatii dopomagała Estlandii w ciężkich jej walkach przeciwko rosyjskiej potędze bolszewickiej. Estonia jest małym czysto demokratycznym krajem, dającym do swobody i niezależności.

W gabinecie francuskim.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berne, 31. grudnia.

Wczorajsze debaty w gabinecie miały ciekawy przebieg. Pierwsza była mowa socjalisty Brackiego. Żądał on, aby trwał pokój doszedł do skutku. Nie wolno myśleć, o anekcji, która doprowadza do nie-wolnictwa.

W bardziej długiej mowie wyświetlał potem Franklin Bouillon ogólne położenie polityczne. Mówił on, że wraz ze wstąpieniem Ameryki do wojny w świecie pojawiło się coś nowego. Można i owa metodę uważa za niebezpieczną, lecz czy się chce czy nie, trzeba o jego 14 punktach w zupełności dyskutować.

Gdyby chciano odbudować Polskę, którą dawniej usunięto, to nie wolno odrągać wypadków z roku 1815 od tych z roku 1871. Francja nie chce wcale anektować gwałtem, lecz z drugiej znów strony poniosła ona w tem stuleciu niejednokrotnie poważne straty, mając wielkie prawo zniszczenia terenów które przeszły wrógi. Dla tego zastosowałaby też Francja dla siebie samej, następującą zasadę: żaden niemiec na lewym brzegu Renu i w okolicy położonej na 40 kilometrów od prawego brzegu Renu. Politykę powyższą śmiało pogodzić można z zasadą związku narodów. Upoważnia ona do interwencji w Rosji, co jednak nie może być często militarnem, lecz równocześnie iść musi ręka z ręki z pomocą ekonomiczną.

Następnie mówił Pichon i przy ogólnym zacięciu oświadczył, że wszystkie kwestie które swego czasu poruszano w parlamencie miały charakter międzynarodowy, tem samym nie mogły być dyskutowane, utrzymać bowiem musiano tajemnice między sprzymierzonymi rządami. Dla wszystkich pytań przygotował rząd francuski rozwiązanie. Pertraktacje prowadzone będą bez wątpienia w jaknajpomyślniejszych warunkach. Finansowo, ekonomicznie i terytorialnie bronić będzie Francja wszystkich swych zadań. Uklady do urzeczywistnienia idei związku narodów będą opublikowane.

W kwestii odszkodowań wojennych.

Telegram własny.

Amsterdam, 1. stycznia.

„New Statesman” powiada w jednym z artykułów wstępnych, że teraz, gdy minęły inż wybory, można będzie spokojnie obradować nad kwestią dania przez Niemcy odszkodowań. Pismo to tłumaczy, że nigdy poważnie nie mówiono o tem, że próbowałoby obarczyć Niemcy wszystkimi ciężarami wojennymi. Kompetentny w tej sprawie mają stanu też nigdy coś podobnego nie twierdził.

Zerwanie niemiecko-szwedzkiej ugody handlowej.

Urzędowo przez W. B. T.

Berlin, 31. grudnia.

Rząd szwedzki wypowiedział zawarta między Szwecją a państwem niemieckim dnia 2 maja 1911 roku ugode handlową i żeglugą. Ugoda zniesiona będzie na początku 1920 roku. Rząd szwedzki oświadczył równocześnie gotowość rozpoczęcia pertraktacji dla prowizorycznego uregulowania stosunków handlowych na czas po zakończeniu ugody do zawarcia nowej ugody.

Berlin, 2 stycznia.

W tych dniach przybędzie komisja złożona z trzech oficerów koalicji do Berlina dla skontrolowania wykonania warunków rozejmowych tyczących się hydroaero-planów w Jüterbog i Friedrichshafen.

Przysłużona forma rządowa Rosji.

Telegram własny.

Haaga, 1. stycznia.

„Daily Telegraph” publikuje interwiew z rosyjskim mężem stanu i byłym prezesem ministrow Pokieczowem o najlepszej dla Rosji formie rządu. Pokieczow powiedział: „Dla wszystkich rosyjan, którym zależy na dobrem ojczyzny, forma rządu jest obecnie kwestią uboczna. Najważniejsze, aby powrócono porządek. Dopuski to nie będzie uczynione, zbytecznym jest mówienie o formie rządu. Najpierw musimy naturalnie posiadać dyktaturę wojskową, a pierwsze co się stać musi, to powrótne posłuszeństwo i praw. Po za tem jednak, przypuszczając, że naród rosyjski rozwinię się politycznie, najstarszynsza byłaby umiarkowana monarchia według wzorów zachodnioeuropejskich. W każdym razie potrwać może rok zanim Rosja będzie tak daleko”.

Kłamstwo!

Urzędowo przez Biuro Wolffa.

Berlin, 1. stycznia.

Komunikują nam urzędowo o rzekomych bolszewickich intrygach posełstwa niemieckiego w Warszawie: Szerzona przez prasę polską wiadomość jest kłamstwem. Ani niemiecki poseł hrabia Ressler ani żaden inny członek posełstwa pośrednio lub bezpośrednio nie miał żadnych stosunków z bolszewikami. Wszystkie wiadomości o zniesieniu sprzyśnięcia maksymalistycznego uknutego przez posełstwo niemieckie, o pieniężach przeznaczonych na ten cel przez Niemców są kłamstwem. Rząd oczekuje opublikowania, rzekomo znajdujących się w rękach rządu polskiego dowodów.

Zawiadomienie.

Z poleceń organizacji narodowościowych powołano dla objęcia zarządu miasta komitet w którego skład wchodzą następujące obywatele miasta:

1. Oswald Trylling fabrykant ul. Lipowa 24.
2. Dawid Meisel kupiec ul. Mikołajewska 29.
3. Izaak Pines fabrykant ul. Pocztowa 14.
4. Józef Waks agent ul. Nowy Świat 14.
5. Falk Kempner kupiec ul. Niemiecka 16.
6. Ch. Ch. Gertz ul. Kupiecka 32.
7. Max Barasch ul. Rynkowa 22.
8. Jakób Janowski fabrykant ul. Aleksandrowska 39.
9. Józef Karol Piasecki właściciel domów ul. Stawowa 21.
10. Witold Luszczewski ul. Mikołajewska 61.
11. Marjan Dederko obywatel ziemski ul. Aleksandrowska 9.
12. Kazimierz Rygert inżynier ul. Mikołajewska 61.
13. Bogdan Ostromeński doktor ul. Niemiecka 16.
14. Witold Kościół właściciel domów ul. Gogolewska 15.
15. August Moes radca komercyjny Stara Szosa 1.
16. Dimitri Hintz notariusz ul. Lipowa 16.

Białystok 2 stycznia.

Za radę żołnierską
podp. Müller.

Naczelnik miasta
Roscher.

Z GUBIONO

lańcuch kastorowy na ulicy Mikołajewskiej lub Aleksandrowskiej między 5-tą a 6-tą wieczorem. Oddawca sowiec będzie wynagrodzony.

B. Wygodski, ul. Klejndorf 10.

Elektromotory i dynamomaszyny rozmaitej wielkości,

pompy z motorem dla wodociągów w domach lub do wypompowywania sklepów, jak też ROZMAITE PRZEDMIOTY ELEKTRYCZNE

i żelazo do sprzedania po cenach umiarkowanych.

J. JENDROSZ, ul. Klejndorf 11.

PUBLICZNA LICYTACJA warsztatów tkackich

dajacemu więcej, odbędzie się w piątek dnia 3 stycznia 1919 r. przed południem o godzinie 10-ej.

u Halperna i Krikuna. Przedzalnia i tkalnia

ulica Pocztowa Nr. 25.

Feldwebel Werth, urzędnik wykonawczy.

פֿיאַלִיסְטִינְהַצְּרִיכְנָה

אנטנס עון: אַ פֿעַטְּבָּזְ שְׂוֹרָה אַיִן דָּעַר בְּרִיטָמָן אַיִן אַ וְעַקְסָטְוָיָס
עַטְּרָה 25 גָּעָן. מְרוּעָה וְעַקְסָעָן דִּירָה אַיִן חַעַדְעָן וְעַקְסָעָן שְׁמַעְעָם
— 25 גָּעָן. בְּיַמְּסִיד אַיִבְּעָרְבָּרְזָן אַיִן רַעַשְׂרָעָן בְּעַשְׁטְּלִינְגְּנָעָן קָעָן
עַכְּבָּעָן חַעַדְעָן אַיִן חַעַדְעָן. יְדִיעָה אַיִן חַעַדְעָן אַיִן חַעַדְעָן אַיִן אַיִן
רַיְעָנָה-צְעָדָעָן. אַיִן פֿאַנְטָרָר פֿוֹן דָּעַר צְיָמָונָן, נַיְקָלָץ-גָּעָס
— 25 אַיִן אַיִן אַלְעָן אַנְגָּסָעָן-קַמְסָעָרְדִּינְצָעָם.

שְׁאַפְּ-רַעַרְקָטָרָר גָּרְבָּן 2.
רַעַרְקָצִיעָן: אַלְיךְסָטְרָנְרָעָן גָּמָס 10/8.
קַאנְטָרָר נַיְקָלָץ-גָּמָס 3.
דָּרָקָן אַיִן פֿעַלְאָן בְּיוֹלִיסְטָאָקָר צְיָמָונָן.

עַרְשָׁנָה פֿעַנְגָּן. — אַכְּאַקְּמָעָטָ-פֿרִיעָן: אַכְּנָעָמָעָן אַיִן
קַמְפָאָר 150 מַקְ. אַחֲרָשָׁן: דָּרָקָן פֿאָסָט 55/4 אַחֲרָטָאָל
— חַזְבָּעָן בְּעַשְׁטְּלָעָן-גַּעַלְדָּר. בְּעַשְׁטְּלָעָן-גַּעַלְדָּר אַנְגָּנְמָעָן
— אַיִן אַלְעָן מְלִיכָּת-פֿאָסָט-אַמְּטָמָעָן. — — —

אוֹיְסְגָּעָטָרָאָכְטָן

אַפְּ-אַזְנָעָלָרָדָרָן 1.

בְּצָרְלָיָן 1.

אַיִן אַיִבְּרָעָרְבָּרְזָן 1.

אַיִן אַיִטְּשָׁעָרְבָּרְזָן 1.

אַיִן יְרָעָה וְאַיִן פֿוֹיְגָעָשָׁעָרְבָּרְזָן 1.

אַיִן דָּעַרְבָּרְזָן 1.

אַיִן גַּעַלְדָּרְבָּרְזָן 1.

אַיִן ג